

WAHLEN IN NIGERIA

ANNA-MARIA BOULNOIS, KEN HENSHAW

WAHLEN IN NIGERIA – EIN ERFAHRUNGSBERICHT

An drei Samstagen im April 2011 wurden in Nigeria alle nationalen und regionalen Parlamente und Ämter neu gewählt. Nach eigenen Ansprüchen sollten diese Wahlen frei und fair sein. Hierzu wurde Prof. Atahiru Jega zum Vorsitzenden der Unabhängigen Wahlkommission (INEC) ernannt. Er ließ das Wahlregister durch eine Registrierung der Wählerinnen und Wähler im Februar und März bereinigen. Dies diente dem Anspruch, alle Schritte der Wahlen möglichst für jeden transparent und nachvollziehbar durchzuführen. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufteilung der verschiedenen Wahlen auf drei Tage zu sehen, da die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen durch INEC-Vertreter aus den verschiedenen Ländern einzeln und live übertragen Prof. Jega vorgelegt wurden. So konnten die Ergebnisse stets erst nach einem tagelang anhaltenden Prozess offiziell bekannt gegeben werden.

Die Wahlen zur Nationalversammlung fanden zu Beginn dieses Marathons statt und begannen gleich mit einigen gravierenden Problemen. So wurden die Wahlunterlagen – die in Europa gedruckt worden waren, um Missbrauch zu verhindern – nicht in alle Gebiete rechtzeitig geliefert. Während also einige Wahllokale mit dem Akkreditierungsprozess schon begonnen hatten, warteten andere noch auf die Unterlagen. Als dies bekannt wurde, brach der INEC-Vorsitzende diesen Wahlgang ab und verschob ihn zuerst um zwei Tage, dann um eine ganze Woche. Damit verschoben sich auch alle weiteren Wahltermine um eine Woche. Dies führte dazu, dass die meisten Städter, die für die Wahlen zurück in ihre Dörfer gefahren waren, eine weitere Reise unternehmen mussten. Das ganze Land war ein weiteres Wochenende von Ausgangssperren betroffen. Diese wurden eingerichtet, um u. a. Gewaltausbrüche und Demonstrationen zu verhindern, zu denen es schon im Vorfeld vereinzelt kam. Dennoch kam es nach der Verschiebung und im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen zu den befürchteten Gewaltausbrüchen, zumeist im Norden des Landes, in dem die muslimische Bevölkerung die Mehrheit stellt. Ein INEC-Büro wurde niederge-

brannt, es kam zu gewaltsamen Demonstrationen und viele Menschen wurden zu Flüchtlingen. Eine andere Qualität bekamen diese zuerst politisch motivierten Unmutsäußerungen nach den Präsidentschaftswahlen, als im Norden gezielt aus dem Süden stammende Christen getötet wurden. Mitglieder des National Youth Service Corps, ein Dienst, den jede Absolventin und jeder Absolvent einer Hochschule aus allen Teilen des Landes für ein Jahr macht, wurden in manchen Regionen spontan als Wahlhelfer eingesetzt. Einige von Ihnen, die aus dem Süden stammen wurden, Opfer der Anschläge.

Der ausgebrochene Konflikt zeigt eine tiefe Spaltung im Land. Diese wurde schon vor den Wahlen durch die Medienberichterstattung über eine Debatte innerhalb der Peoples Democratic Party (PDP) vertieft. Die PDP ist die größte und aktuell regierende Partei im Land. Nach dem Tod von Präsident Umaru Musa Yar'Adua im Mai 2010 (ein Jahr vor den Wahlen) wurde seine Position durch Goodluck Jonathan, den Vizepräsidenten, übernommen. Dieser stammt aus dem ölreichen Niger Delta im Süden des Landes, wogegen sein Vorgänger aus dem Norden stammte. Nach der Rückkehr des Landes zu einer zivilen Regierung 1999 hatte die PDP ein Regionalprinzip eingeführt, in dem nach zwei Legislaturperioden eines Präsidenten aus dem Süden zwei weitere eines aus dem Norden stammenden Kandidaten folgen sollten. Yar'Adua, aus dem Norden kommend, verstarb am Ende seiner ersten Legislatur. Daraufhin forderte eine Gruppe innerhalb der Partei, dass weitere vier Jahre dem Norden zustünden und Jonathan nicht als Kandidat der Partei antreten solle. Andere sahen in ihm die Möglichkeit, dass das arme, aber ölreiche Niger-Delta erstmalig einen Präsidenten stellen könnte. Seit der Unabhängigkeit hatte noch nie eine Person aus dieser Region die Präsidentschaft inne.

Diese auf Regionen bezogene Rhetorik lässt sich in allen Bereichen feststellen. Jeder weiß aus welcher Region ein Kandidat stammt, aber nicht unbedingt, für welche Inhalte er steht. In den Medien wurden die Bundesländer für einzelne Kandidaten als gewonnen erklärt, nicht einmal für ihre Partei.

Diese Berichterstattung zwang alle, sich auf eine der beiden so aufgebauten Seiten (Süden/Norden) zu stellen, noch bevor die Partei in Vorwahlen ihre Entscheidung getroffen hatte. Im Norden bildete sich eine neue Partei, die rasch viele Anhänger gewann und zu einer großen Konkurrentin der PDP heranwuchs. Der Congress for Progressive Change (CPC) wurde von General Mahamadu Buhari, einem ehemaligen Militärherrscher aus dem Norden gegründet. Seine Regierungszeit zwischen 1984 und 85 war durch strikte Disziplin, dem Kampf gegen Korruption und in einigen Fällen von Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet. Buhari wird im Norden gefeiert, weil er die Mehrheit der armen Bevölkerung vertritt. In der landesweiten Debatte um das Rotationsprinzip versuchte die Führung der CPC die Position zu vertreten, dass die Herkunftsregion zweitrangig sei und die Verdienste und Qualifikationen im Vordergrund stehen sollten. Ihre Anhänger waren währenddessen schon in den Kampf zwischen Norden und Süden verstrickt.

Eine weitere Partei von strategischer Bedeutung für die Präsidentschaftswahlen stellt der Action Congress of Nigeria, ACN, dar. Er ist die größte Oppositionspartei mit guter Präsenz in allen Teilen des Landes. Die meisten Anhänger hat er allerdings in den südwestlichen Regionen, die mehrheitlich von Yoruba sprechender Bevölkerung bewohnt werden. Ihr Kandidat war Nuhu Ribadu, der frühere Vorsitzende der Anti-Korruptions-Behörde, der einen großen Rückhalt in Bürgerrechtsorganisationen hat.

In allen Teilen des Landes wurden Wahlmanipulationen beobachtet. Viele Beobachter waren erstaunt über die Berichterstattung der Medien über hohe Wahlbeteiligungen, die sie selbst vor Ort ganz anders beobachtet hatten. Dies hat öffentlich bereits der CPC verurteilt, da im Süden bei der Präsidentschaftswahl eine Beteiligung zwischen 85 und 95 Prozent festgestellt wurde, im Norden allerdings nicht einmal 50 Prozent der Wahlberechtigten wählen gegangen sein sollen.

Anlässlich des dritten Wahlgangs am 26. April 2011 konnte ich mich einer der einheimischen Wahlbeobachtungsgruppen anschließen und zum ersten Mal mit eigenen Augen sehen, wie eine Wahl in Nigeria abläuft. Auffällig war die sehr hohe

Präsenz von Polizei und Militär auf den Straßen. Die Menschen vor Ort schilderten uns Manipulationsversuche und Verstöße gegen die Wahlvorschriften. So soll zum Beispiel ein Chief (traditioneller Herrscher) Unterstützer seiner Partei von einem Wahllokal zum anderen gefahren haben, um Wähler zu verunsichern. Die Zahlen der akkreditierten Wähler wurde nicht, wie vorgeschrieben, öffentlich verkündet oder Wähler ohne Akkreditierungsmarkierung (dunkler Strich auf dem Finger) wurden zur Wahl zugelassen. In vielen Wahllokalen beschwerte man sich über nicht rechtzeitig eingetroffenes Material und die überall vorhandenen Beobachter der Parteien stritten sich darüber, dass angeblich Einzelne mehrfach abgestimmt haben sollen. Eine hohe Wahlbeteiligung war in keinem der besuchten Wahllokale zu beobachten, sie lag zwischen 15 und 25 Prozent.

Ein großes Problem stellte die viel zu hohe Anzahl der ungültigen Wahlzettel in allen Wahlgängen dar. Diese lässt sich allerdings durch die Tatsache erklären, dass nicht alle Menschen im Land Bescheid wussten, wie sie richtig ihre Fingerabdrücke setzen und dafür sorgen, dass dieser beim Zusammenfallen nicht mehr abfärbt oder sie mit dem markierten Finger keine weiteren Abdrücke hinterlassen.

Alles in allem war diese Wahl in den Augen der meisten besser als die vorangegangenen, aber keineswegs so frei und fair, wie sie sich das erhofft hatten. Es gab viele Ungereimtheiten und Verstöße, der Verdacht auf Manipulation wird in einigen Regionen nun vor Gericht geklärt werden müssen. Der Ausbruch von Gewalt zeigt eine tiefe Unzufriedenheit in der Bevölkerung und hat zu weiteren Verschiebungen und Nachwahlen am 6. Mai in einzelnen Regionen geführt. Unterm Strich haben viele Wählerinnen und Wähler aber das Gefühl, dass ihre Stimme etwas zählt und sie nahmen eine stundenlang andauernde Prozedur in der heißen Sonne auf sich, um ihre Parteien und KandidatInnen zu unterstützen.

Anna-Maria Boulnois ist Studentin der Ethnologie und Pädagogik in Mainz und Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ken Henshaw ist Projektmanager von Social Action/Social Development Integrated Centre in Port Harcourt, Nigeria.

CLAUS-DIETER KÖNIG

WAHLEN IN NIGERIA – POLITIK UND PARTEIEN

Wahlen in Nigeria sind zu einem bedeutenden Einflussfaktor der Macht(um)verteilung unter den Eliten des Landes geworden. Verschiedene klientelistische Netzwerke kämpfen dabei um den Zugang zu den staatlichen Ressourcen, denn weiterhin prägt der Pfründekapitalismus das Land und das Plündern staatlicher Mittel ist wichtigster Weg zu Reichtum und Quelle kapitalistischer Akkumulation.

Das System der Rentenaneignung ist – um das politische System und die staatliche Einheit zu erhalten – schon in der Kolonialzeit dezentral angelegt und seitdem weiter dezentralisiert worden. So erhalten z. B. die Regierungen der 36 Bundesstaaten und die kommunalen Gebietskörperschaften (local government areas) festgelegte Anteile der Erdöleinnahmen, die insgesamt 95 Prozent der öffentlichen Haushalte aus-

machen. Weil jede national bedeutende Oppositionspartei in einigen Bundesstaaten regiert, sind sie alle effektiv in das Gefüge der Plünderung des Staates integriert und keine von ihnen ist daran interessiert, dieses System zu gefährden. Die Machtgefüge sind durch die Dezentralisierung der Plündererei heterogener und diffuser geworden. Das ist vielleicht das wichtigste Merkmal der nun bereits zwölf Jahre andauernden zivilen Herrschaft. Politische Macht ist in Nigeria deutlich weniger als in vielen anderen afrikanischen Staaten auf die Position des Staatspräsidenten konzentriert. In Nigeria ist sie multipolar¹. Die sich bekämpfenden Pole eint das gemeinsa-

¹ Trotzdem wird der Präsidentschaftswahl in Medien und Gesellschaft die wichtigste Rolle zugesprochen; die einzigen Wahlen, deren Ergebnisse tagelang live verkündet wurden

me Interesse am Erhalt des Pfründekapitalismus. Steht dieser in Frage, wie teilweise in den 1990er Jahren, agieren die politischen Eliten gemeinschaftlich².

Politische Parteien sind in Nigeria kaum Richtungsparteien, sondern oft sehr heterogene und aus Machterwägungen heraus zusammengestellte Wahlplattformen einzelner Politiker. Ihre organisatorische Einheit wird zudem noch durch das System der Vorwahlen geschwächt, wie es Nigeria aus den USA übernommen hat. Die politischen Parteien organisieren Bündnisse regional verfußter Eliten.

Am besten gelang das in der vierten Republik (seit 1999) der People's Democratic Party (PDP), die bislang alle Präsidenten nach der letzten Militärregierung gestellt hat und auch im Parlament über die absolute Mehrheit verfügt. Zunächst Olu-segun Obasanjo 1999 bis 2007, dann Shehu Musa Yar'Adua und nun auch als neu gewählter Präsidenten Goodluck Jonathan. Ihre wichtigste Machtbasis hatte die PDP bislang innerhalb der Eliten des Nordens, es gelang ihr aber auch in den südlichen Landesteilen ihre Position zu stärken und Hochburgen auszubauen. Die PDP hatte vor den Wahlen 2011 mit einer inneren Krise zu kämpfen, bedingt durch Austritte in Richtung Action Congress of Nigeria (ACN) und schließlich die Auseinandersetzung um die Präsidentschaftskandidatur von Goodluck Jonathan. Hintergrund dieses Konfliktes ist eine vor der Wahl von Obasanjo getroffene Absprache, dass nach acht Jahren Präsidentschaft Obasanjos, der aus dem Süden des Landes kommt, nun acht Jahre ein Mann aus dem Norden Kandidat der PDP und damit hochwahrscheinlich auch Präsident sein solle. Der Tod von Yar'Adua durchkreuzte diese Absicht, denn der aus dem Süden stammende Vize-Präsident Goodluck Jonathan übernahm das oberste Staatsamt.

Als dann Jonathan zudem ankündigte, selbst Kandidat bei der Präsidentenwahl sein zu wollen, war die Partei der Spaltung zwischen ihrer nördlichen Machtbasis und ihren Hochburgen im Süden nahe.

Der Action Congress of Nigeria hat unter den vier bedeutenden Parteien am ehesten Verbindungen zu linken sozialen Bewegungen. Es sind aber meist Einzelpersonen wie der Gouverneur von Edo State Adams Oshiomhole, die diesen Kontakt wahren. Insgesamt wird die Partei nicht als linke Partei wahrgenommen.

Die Partei ist stark im Südwesten, insbesondere im Großraum Lagos, sowie in einigen Bundesstaaten des Niger Deltas. Der Action Congress hat sich schon vor den Wahlen als Mitstreiter um die Position der zweitstärksten Partei etabliert. Nach den Wahlen 2007 regierte er zunächst nur im Bundesstaat Lagos. Erfolgreiche Wahlanfechtungen brachten die Partei aber schließlich in drei weiteren Bundesstaaten an die Macht. Bisher zweitstärkste Kraft war die All Nigeria People's Party (ANPP), die als konservative Partei aus dem Norden unter den Armen des Nordens eine starke Unterstützung genießt. Allerdings hat General Muhammadu Buhari die Partei verlassen, wodurch ihr die charismatische Führungsperson fehlt. Buhari, der autoritär-diktatorisch regierender Militärstaatschef 1984/85 war, sah in der ANPP keine ausreichend starke Plattform, um bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten, und bildete etwa ein Jahr vor den Wahlen seine eigene Wahlplattform, den Congress for Progressive Change (CPC). Es wurde und blieb eine One-Man-Show um den autoritären Populisten, der um sich eine Aura der Integrität und Disziplin aufgebaut hat (dazu hatte er in seiner Zeit als

Staatschef eigens einen «Krieg gegen die Disziplinlosigkeit» ausgerufen). Die Partei setzt sich vor allem aus Trittbrettfahrern zusammen, die im Sog der Popularität Buharis Gouverneurs- und Parlamentswahlen gewinnen wollten, die meisten wechselten von der ANPP, einige von der PDP. Buhari gelang es, zur Identifikationsfigur vieler Armer im Norden zu werden, die zunehmend erkennen, dass politische und ökonomische Macht für die Eliten des Nordens sich nicht in einer Besserung ihrer Lebenssituation niederschlägt. Die CPC hatte schnell eine Massenbasis, bereit auf die Straßen zu gehen und auch Gewalt auszuüben. Es gelang der Partei nicht, diese Basis in ein diszipliniertes und organisiertes Gefüge einzubinden, mit der Folge, dass die Partei, die sich «Disziplin» auf die Fahnen geschrieben hatte, außerhalb des Nordens an Glaubwürdigkeit verlor. Dennoch wurde Buhari zum wichtigsten Gegenkandidat von Jonathan bei den Präsidentschaftswahlen, in dem er sich als der Kandidat des Nordens gegen den Südstaatler Jonathan darstellte und auch populistisch ausschaltete, dass mit der Kandidatur Jonathans für die PDP die ursprüngliche Absprache, das von 2007–2015 ein Mann aus dem Norden Kandidat und Präsident sein solle, nicht eingehalten wurde.

Die politische Linke Nigerias sieht sich insgesamt durch keine der Parteien repräsentiert.

DIE WAHLEN

Die PDP bleibt dominierende Partei mit absoluten Mehrheiten in beiden Kammern des Parlaments, 53 Sitze von 85 im Senat und 152 von 279 im Repräsentantenhaus.³ Neue zweite Kraft ist der Action Congress, nicht nur aus eigener Stärke, sondern auch als Ergebnis der Abspaltung des CNC von der ANPP. Er hat jetzt 18 Sitze im Senat und 53 im Repräsentantenhaus. Die CPC von Buhari steht an dritter Stelle mit 6 Senatoren und 31 Sitzen, gefolgt von der ANPP mit 4 Senatoren und 23 Sitzen. Im Einzelnen waren Niederlagen mächtiger PDP-Politiker von Bedeutung, so wurde weder der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses Dimeji Bankole noch die Tochter des ehemaligen Präsidenten, Iyabo Obasanjo-Bello, wieder gewählt. Die PDP verlor vor allem im Südwesten, wo sich der Action Congress als neue regionale Hegemonialpartei etablierte. Wichtig an dem Wahlauftakt war, dass der unterm Strich gute Wahlverlauf und die Tatsache, dass Oppositionskandidaten sich in einigen Wahlbezirken durchsetzen konnten, die Wählerinnen und Wähler motiviert hat, an den weiteren Wahlakten teilzunehmen.

Eine Woche später, am 16. April, gewann Goodluck Jonathan erstmalig Wahlen für ein politisches Amt und wurde als Präsident von den Wählerinnen und Wählern bestätigt. Er erzielte fast 59 Prozent der Stimmen, gegenüber Muhammadu Buhari, der knapp 32 Prozent erreichte. Buhari war also deutlich erfolgreicher als seine Partei CNC eine Woche zuvor und bewies, dass er trotz der Schwäche seiner Partei der wichtigste Gegenkandidat war. Jonathan gewann flächendeckend im Süden, auch in den Bundesstaaten, in denen noch eine Woche zuvor eine Mehrheit den Action Congress wählte. Es war offensichtlich, dass die Wählerinnen und Wähler des ACN schon im ersten Wahlgang Jonathan statt den eigenen Kandidaten Nuhu Ahmed Ribadu wählten. Oder sie nahmen

nicht teil, denn die Hochburgen des ACN im Großraum Lagos sind die Staaten mit der geringsten Wahlbeteiligung zwischen 30 und 40 Prozent.

Jonathan gewann im heimischen Niger Delta oft überwältigend mit Ergebnissen von 95 bis 99 Prozent, zudem die Wahlbeteiligung von oft über 75 Prozent lag. Allerdings äußern Beobachter vor Ort starke Zweifel an diesen Zahlen. Im Südosten (Großraum Lagos und Hinterland) erzielte er absolute bis Zweidrittel-Mehrheiten. Auch der Middle Belt – eine Region, in der Machtkämpfe oft die Form interethnischer und interreligiöser Gewalt annehmen – wählte oft überwältigend Jonathan, so der Bundesstaat Plateau mit seiner Hauptstadt Jos, Schauplatz vieler blutiger Auseinandersetzungen in der jüngeren Vergangenheit, zu 73 Prozent. Nur der Norden wählte mehrheitlich Buhari, mit Quoten zwischen 50 und 90 Prozent aber nicht so deutlich wie das Delta Jonathan. In den Staaten, in denen Buhari eine absolute Mehrheit ergatterte, lag die Wahlbeteiligung meist zwischen 40 und 66 Prozent. Jonathan gewann also, weil er seine eigene Heimatbasis geschlossen hinter sich brachte, während die anderen Parteien Mobilisierungsprobleme hatten. Schließlich blieb Buhari auch im Norden umstritten und die Eliten präferierten oft den Kandidaten der PDP.

Am 26. April fanden schließlich die Parlaments- und Gouverneurswahlen der Bundesstaaten statt. Von den 36 Staaten wählten 25. 18 davon gewann die PDP. Der ACN bestätigte seine aufstrebende Tendenz, in dem er in drei Staaten gewann, davon in zweien erstmals. Die Partei regiert damit in sechs Staaten. Die ANPP verteidigte drei Gouverneursposten und der CNC einen.

Erwähnenswert ist, dass im Bundesstaat Edo die Wahlergebnisse für die ACN auch den Kurs von Adams Oshiomhole stärken, einem ehemaligen Gewerkschaftsführer, der als Gouverneur mit einem linken Programm regiert.

GEWALT

Die Gewalt begann schon vor den Wahlen und Amnesty International berichtete Mitte März in einem Kurzbericht von diversen Attentaten, bei denen die Menschenrechtsorganisation einen Zusammenhang mit den Wahlen sieht. Dazu gehört auch das Bombenattentat in Jos vom 24. Dezember 2010, für das die radikal-islamistische Bewegung Boko Haram die Verantwortung übernahm.

Der Kampf um den Zugriff auf staatliche Pfründe ist meist der eigentliche Hintergrund für (vermeintliche) ethnische und religiöse Auseinandersetzungen. Vor allem im Middle Belt, einer ethnisch und religiös sehr heterogenen Region, die noch zudem geografisch zwischen den politischen Blöcken des Nordens und des Südens liegt, führt dies häufig zu Gewaltspiralen, die gerade im Vorfeld von Wahlen besonders starke Tornados bilden. Zum Wahlkampfrepertoire in Nigeria gehört bei allen Parteien die Zusammenarbeit mit militanten Gruppen und Milizen, sowohl im Middle Belt als auch im zweiten Hauptkriegsgebiet Nigerias, dem Niger-Delta.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen nach den Wahlen im Norden des Landes haben tief liegende soziale Ursachen. Der Norden Nigerias hat eine über das Pfründesystem sowie Fernhandel reich gewordene Elite, die bislang weitgehend die Regierungen des Landes bestimmte. Während sich diese Elite zunehmend bereicherte, verarmte aber die Bevölkerung zusehends, insbesondere die Mittelschichten. In dem auto-

ritären Rechtspopulisten Buhari sahen sie einen potentiellen Retter, der sich einerseits gegen die in ANPP und PDP organisierten bisherigen politischen Eliten wandte und gleichzeitig die politische Hegemonie des Nordens wiederherzustellen versprach. Diese militante Basis von Buharis CNC machte schon vor den Wahlen häufig eher durch Gewalt als durch einen effizienten Wahlkampf auf sich aufmerksam, was mit dazu beigetragen haben dürfte, dass Buhari in den meisten südlichen Staaten Ergebnisse von unter zehn Prozent der Stimmen erzielte.

Heute, da Blogger und Twitterer zunehmend Quellen politischer Beobachtung sind, muss man es ernst nehmen, wenn viele Blogger die wahrscheinlich im Norden Nigerias selbst leben, z. B. schreiben:

«In Wirklichkeit richten sich die Aufstände gegen die so genannten Führungspersonen des Nordens – die politische, militärische und wirtschaftliche Elite – sowie die traditionellen Institutionen, die eine regionale Entwicklung verhindert haben und jeden Versuch, die Menschen zu bilden und aus dem Joch von Analphabetismus und Armut zu befreien, unterbunden haben. Wie in Nordafrika und im Mittleren Osten die Arabischen Frühlingsaufstände, die Langzeitregierenden gestürzt haben, können die Proteste im Norden Nigerias als Rebellion gegen ein rückständiges und überkommenes Feudalsystem gesehen werden.»⁴

Wenngleich die soziale Wirklichkeit im Norden Nigerias sicherlich eine der Ursachen der Aufstände ist, endet hier die Parallele. Hier werden gezielt z. B. lokale ethnische Minderheiten oder Kirchen angegriffen, die Gewalt geht von Protestierenden aus, die sich ethnizistischer oder religiös-radikaler Identitätszuschreibungen bedienen, und richtet sich gegen Unschuldige.

Nigeria hat gewählt und Goodluck Jonathan heißt der neue Präsident – was kann realistisch von ihm erwartet werden?

Die Wahlen 2011 seien die fairsten in Nigeria seit 1993, die damals allerdings vom amtierenden Militärpräsidenten annulliert wurden, so das allgemeine Urteil. Sicherlich waren sie gegenüber den Wahlen von 2007, als die PDP das ganze Land mit einer Wahlfälschungsmaschinerie überzog, ein Fortschritt. Doch auch 2011 häufen sich inzwischen Berichte über Wahlfälschungen und die Ergebnisse von über 90 Prozent für Jonathan bei gleichzeitig hoher Wahlbeteiligung werfen zumindest in einigen Wahlkreisen Zweifel auf.

Das Pfründesystem wird von Jonathan sicherlich nicht angetastet werden, sondern im Gegenteil, gegenwärtig nimmt die Regierung neue Milliardenkredite auf, ohne dass die Mittelverwendung transparent ist. Jonathan selbst ist 1998 in die Politik gegangen, hatte aber nur ein Jahr eine Spitzenposition als Gouverneur des Bundesstaates Bayelsa inne. Aber dennoch deklarierte er – nachdem er anfänglich Widerstand geleistet hatte – 2007 ein beträchtliches Vermögen von 2,7 Mio. US-Dollar. Das von Jonathan selbst ins Leben gerufene Ständige Komitee zur Beratung des Präsidenten kritisiert einerseits die hohen Ausgaben für die Bundesverwaltung; drei Viertel des Bundesbudgets von umgerechnet 27 Milliarden US-Dollar werden direkt für Verwaltungsausgaben aus-

⁴ «Suleiman» zit. Nach Dibussi Tande: Nigeria: The curse of post-election violence continues. <http://pambazuka.org/en/category/features/72759>

gegeben. Die Höhe der Saläre hoher Beamter oder auch der Abgeordneten der Nationalversammlung wird andererseits nicht veröffentlicht.⁵

Der Waffenstillstand, den Jonathan für das Niger Delta noch als Vizepräsident ausgehandelt hatte, hielt nicht. Die mit Rebellengruppen vereinbarte Amnestie und Waffenübergabe ist gescheitert. Die Bewegung zur Emanzipation des Niger Deltas (MEND) – wichtigste Miliz der Region – ließ zum Unabhängigkeitsfest am 1. Oktober 2010 in Abuja zwei Autobomben explodieren, die mindestens zwölf Menschen in den Tod rissen. Während seines ersten Amtsjahres fand Jonathan auch kein Mittel gegen die ethnizistische und religiöse Gewalt im Norden und im Middle Belt. Das Aufflackern der Gewalt im Umfeld der Wahlen belegt, dass der Präsident hier keinerlei Fortschritte erreicht hat.

Die Wahlen haben Machtverhältnisse in Bewegung gebracht. Insbesondere die Stärkung des Action Congress im Süden, die neue Machtbasis der PDP im Süden und die Schwäche des CNC und der ANPP im Norden zeigen eine graduelle Ver-

lagerung der politischen Macht von den Eliten des Nordens in neue Machtallianzen des Südens. Wählerinnen und Wähler haben durch ihre Kreuze dazu beigetragen.

Wie weit Nigeria allerdings von einer wirklichen Demokratisierung der Macht entfernt bleibt, zeigt schon die Tatsache, dass die Armen und Vernachlässigten des Nordens als Lösung die Machtübernahme durch eine autoritäre Führungsperson wie Buhari favorisierten. Goodluck Jonathan scheint die verschiedenen Mittel des Machterhalts zu beherrschen. Um eine Erstarkung der Gewerkschaften durch eine Streikbewegung zu vermeiden, hat er einem Mindestlohngesetz zugestimmt. Die in den 1990er Jahren noch starken sozialen Bewegungen bleiben auch weiterhin schwach.

Claus-Dieter König leitet das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für West-Afrika in Dakar/Senegal.

⁵ <http://www.emnnews.com/2011/01/22/shed-governments-finance-weight-and-lift-up-nigeria-committee-tells-rulers/>

IN DER REIHE «STANDPUNKTE 2011»

BEREITS ERSCHIENEN:

01/2011

JÖRN SCHÜTRUMPF

Rosa Luxemburg oder: die Freiheit der Andersdenkenden

02/2011

JOCHEN WEICHOLD

Der Höhenflug der Grünen –
eine Herausforderung für DIE LINKE?

03/2011

AXEL TROOST

Quo vadis Finanzreform?

Die Vorhaben zur Regulierung der internationalen
Finanzmärkte und was daraus geworden ist

04/2011

MICHAELA KLINGBERG

Der Sockel des Kaisers muss es sein

05/2011

ROLF GÖSSNER

Im Geist des Kalten Krieges –

im Namen der «streitbaren Demokratie»

Bundesverwaltungsgericht: Verfassungsschutz-

Beobachtung Bodo Ramelow's (MdB) und

der Linkspartei ist rechtmäßig

06/2011

FRIEDRICH BURSCHEL

Geld gegen Gesinnung. Bundesförderung gegen alle
möglichen «Extremismen» gibt es künftig nur noch nach
einem ideologischen Kotau

07/2011

SARAH SCHULZ

Vom Werden der fdGO. Das SRP-Verbotsurteil von 1952

08/2011

ALEXANDRA MANSKE

Die «Neu-Erfindung» der Arbeitsgesellschaft

Erosion und Beharrung in den Geschlechterverhältnissen

09/2011

HANS THIE

EXIT statt EXITUS

Das rote Projekt für den grünen Umbau in 16 Leitsätzen

10/2011

MICHAEL Brie

Rosa Luxemburgs Symphonie zur russischen Revolution

11/2011

ULRICH BUSCH

Perspektiven der deutsch-deutschen Konvergenz bis 2020

12/2011

MARCUS HAWEL

Politische Bildungsarbeit zu Konfliktzonen

Anregungen zur Schaffung emanzipatorischer Räume

13/2011

JENS ZIMMERMANN UND REGINA WAMPER

Völkisch und sozial?

Neonazistische Agitation gegen die neue EU-Freizügigkeit
für ArbeitnehmerInnen

14/2011

WALTER RÖSLER

Eigentum – eine Grundfrage der sozialistischen Bewegung

15/2011

Energiekämpfe I: Vielfalt in Bewegung

16/2011

DIETER KLEIN

Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt

künftiger Transformation

17/2011

Politiken des (Post)Wachstum

18/2011

Gerecht und mit System: Vorschläge der LINKEN für

einen sozial-ökologischen Umbau jenseits des

Wachstumszwangs

STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2011

01/2011

MARTIN GLASENAPP: Die Grammatik Der Migration:

Ressourcenraub und wachsende Mobilität im westlichen
Afrika

02/2011

BENJAMIN LUIG: Die Spielregeln des Landraubs:

Zur politischen Ökonomie des Landgrabblings in Westafrika

03/2011

MAGUËYE KASSÉ. Macht.Politik.Ressourcen. Ein halbes

Jahrhundert (un)abhängige Entwicklung in Afrika

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der

Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127

Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)